Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580
Geschäftsstelle: Amt VI 1069, 3248, 3394.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1,— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen und Stellengesuche 30 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag

Nummer 180. Montag, 14. April 1918. Morgen-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Belagerungszustand über Sachsen.

Drahtmeldung.

Dresden, 12. April.

Das Gesamtministerium erläßt folgende Kundgebung:

An die Einwohnerschaft Dresdens!

Am 12. April nachmittags haben sich Hunderte von kriegsverletzten Soldaten vor dem Kriegsministerium versammelt. Anlaß dazu gab die vom Reich angeordnete Herabsetzung der Löhnung der Unteroffiziere und Mannschaften auf den Friedenssatz, die aber für Sachsen zunächst keine Anwendung findet. Die sächsische Regierung wird sich unbeugsam an die Reichsleitung wegen Aufhebung dieser Verfügung wenden.

Ein verbrecherisches aber nachgewiesenermaßen falsches Gerücht, daß Minister Neuring Auftrag zum Bersten von Handgranaten gegeben habe, gab Anlaß zu starker Beschießung und Erstürmung des Kriegsministeriums. Kriegsminister Neuring ist auf bestialische Weise ermordet worden. Eine solche Handlungsweise fordert die Regierung zu scharfen Maßnahmen heraus. Der Belagerungszustand wird proklamiert. Wir ersuchen die gesamte Einwohnerschaft zur Ruhe und Besonnenheit. Die Regierung trifft unverzüglich Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung. Einwohner Dresdens! Verschärft nicht das Elend der Gegenwart, Not und Entbehrung haben wir alle zu ertragen. Durch Unbesonnenheit wird Eure Leidenszeit verlängert.

Dresden, den 12. April 1918.

Das Gesamtministerium. J. V. Uhlig.

Eine weitere Verordnung des Gesamtministeriums hebt bis auf weiteres das Vereins- und Versammlungsrecht und die Pressefreiheit auf.

Dresden, 13. April. Das Gesamtministerium hat über den gesamten Freistaat Sachsen den Belagerungszustand verhängt. Die Ausübung der Kommandogewalt ist dem militärischen Oberbefehlshaber übertragen worden. Das Gesamtministerium hat zum Oberbefehlshaber Herrn Bruno Kirchhof in Dresden bestimmt und dieser hat für die Zeit des Belagerungszustandes das Standrecht verkündet.

Dresden, 13. April. (Mittags.) Die Minister sind im Kultusnahmen zu beraten. Auf Seiten der Zivilisten sind bei den gestrigen nahmen zu beraten. Auf Seiten der Zivilisten sind bei den gestrigen Unruhen zwei getötet und zehn teils schwer, teils leicht verletzt worden.

Die Leiche des Kriegsministers konnte bei dem hohen Wasserstand der Elbe noch nicht aufgefunden werden.

Dresden, 13. April. Gestern abend 6 Uhr begab sich eine Deputation der Demonstranten zum Kultusminister Buck, der die Erfüllung ihrer Forderungen in vollem Umfange zusagte, das Heft Beibehaltung der alten Löhne, gleiche Verpflegung wie die Sicherheitstruppen und auch von nächster Zeit dasselbe Gehalt wie die Sicherheitstruppen. Daraufhin erklärte die Deputation, daß sie nunmehr keinen Anlaß mehr habe, das Kriegsministerium besetzt zu halten, und die Demonstranten verließen das Kriegsministerium. Soweit bis jetzt festgestellt, sind gestern fünf Personen getötet worden.

Dresden, 13. April. Unter den gestrigen Demonstranten, die unter Führung des Kommunisten Kreybel am Sonnabend ins Kriegsministerium eindrangen, wurde eine Reihe von Personen militärischer Abstammung festgestellt. Die gegenwärtige Lage in Sachsen muß leider deshalb als besonders ernst bezeichnet werden, weil am kommenden Dienstag die ersten polnischen Transporte sächsisches Gebiet, insbesondere Leipzig, berühren werden. Während der Nacht zum Sonntag haben die Aufständischen Fahrten in Automobilen gemacht und mehrere Gendarmerieposten entwaffnet. Sie sind vor die Stadtinspektion gefahren und haben sich für 500 Mark Brot- und Fleischkarten geben lassen, weil sie Waffen aufstellen müssen, um die Provianttager vor Plünderungen zu schützen. Schloß, Hauptbahnhof und Telegraphenamt sind in Händen der Regierungstruppen. Auf Grund von Verhandlungen zwischen Gesamtministerium und einer Abordnung der Aufständischen haben letztere das Kriegsministerium und das Generalkommando geräumt. Doch sollen die Aufrührer noch einen Teil der Neustadt besetzt.

Wüste Ausschreitungen in Zaborze.

Zaborze, 12. April. Wegen angeblicher Zurückhaltung von Lebensmitteln kam es gestern hier zu argen Ausschreitungen. Eine Menge drang in ein Lebensmittellager ein, um sich von den dort vorhandenen Vorräten zu überzeugen. Hierauf zog sie zur Wohnung des Bürgermeisters, wo sie in barbarischer Weise wütete. Kleider und Wäsche warfen auf die Straße geworfen und unter die Menge verteilt, die Wohnung wurde verwüstet. Dann zog die Menge zum Pfarrhause und stahl dort ein Schwein, Federvieh, Fleisch, ferner Kleider, Wäsche und selbst Kuchengeräte. Schränke und Kisten wurden demoliert, der Pfarrer und die Hausangestellten mißhandelt. Als Militär eintraf, stob die Horde in wilder Hast auseinander. Mehrere Personen wurden verwundet, ein Unbeteiligter getötet. Der Polizeihauptmann Gregki wurde mißhandelt; er legte sein Amt nieder.

Gegen Braunschweig!

General Maercker hat vom Reichswehrminister den Befehl erhalten, zum Zwecke der Wiederherstellung gesicherter Verhältnisse im Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr, der seit Tagen gestört ist, sowie zur Verhinderung von Gewalttätigkeiten an Post- und Eisenbahnbeamten mit seinem Korps in Braunschweig einzurücken. Das Unternehmen wird in den allernächsten Tagen vor sich gehen.

Die Lage im Ruhrkohlengebiet.

In Essen ist die Lage wesentlich ruhiger. Eine Landesschützenabteilung unter Oberst Kaiser ist in die Stadt eingerückt. Auch in Bottrop hat sich die Lage etwas gebessert. Auf allen Zechen sind Arbeiter unter Tage in größerer Zahl eingefahren. In Bochum wird noch gestreikt. Indessen ist ein leichtes Abflauen des Streiks im ganzen Ruhrrevier festzustellen. Der Aufruf der Reichsregierung über die Verteilung der Lebensmittel hat eine günstige Wirkung gehabt. Im allgemeinen ist die Stimmung für die Aufnahme der Arbeit, besonders die Frauen wirken auf die Bergleute ein, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Hauptstützpunkte der Spartakisten in Düsseldorf erstürmt.

T. Düsseldorf, 13. April. (Eigene Drahtmeldung.) Für heute Vormittag war der Sturm auf den von Spartakisten besetzten Stadtteil Oberdük angesetzt. Um 8½ Uhr richtete eine Batterie Feldartillerie und ein Minenwerfer das Feuer auf die Barrikaden und die Stützpunkte der Spartakisten, dann trat Infanterie zum Sturm an. Eine Kolonne faßte vom Güterbahnhof Lierenfeld die Spartakisten im Rücken. Die Hauptstützpunkte der Aufrührer, eine Schule und das Oberdüzer Stahlwerk wurden rasch genommen. Die Verluste der Spartakisten waren sehr schwer, obwohl sie schon nach den ersten Kanonenschüssen geflohen waren. 54 wurden festgenommen. Eine große Menge Munition und Waffen wurden aufgefunden. Die Regierungstruppen hatten keinerlei Verluste. Seit gestern ist Düsseldorf auch ohne Wasser. Die Spartakisten haben eine Papierfabrik in Brand gesteckt, weil die Arbeiter sich an dem Generalstreik nicht beteiligten.

Der Streik in der Metallindustrie.

Am Freitag abend haben Verhandlungen stattgefunden, in denen der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Herr Lübemann, einen Vorschlag gemacht, der dahin geht, daß im Hinblick auf das in kurzer Zeit zu erwartende Gesetz, das das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Arbeitsverhältnis regeln soll, die streikenden Parteien sich für die Zwischenzeit auf eine vorläufige Regelung einigen sollen, die darin gefunden wird, daß dem vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch an der entscheidenden Stelle folgende Fassung gegeben wird: „Der Angestelltenausschuß kann der Beschäftigung eines Angestellten oder seiner Entlassung widersprechen. Ist über den Widerspruch ein Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Angestelltenausschuß nicht zu erzielen, so kann dieser den Schlichtungsausschuß anrufen. Der Schlichtungsausschuß entscheidet endgültig."

Siehe auch Seite 3.)

Sturz der Münchener Räteregierung.

Das Militär für die Regierung Hoffmann.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, bestätigt es sich, daß in München das Militär die Räteregierung, deren Mißwirtschaft in den letzten Tagen unerträglich war, gestürzt hat. Genauere Nachrichten fehlen, doch scheint selbst Anstehen, daß Vertreter der sogenannten Räte bereits verhaftet sind. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß schon am Montag Vertreter der Regierung von Bamberg nach München entsandt werden.

Weimar, 13. April. Nach Meldung des 1. Armeekorps aus München ist die Räteregierung durch die Garnison gestürzt worden. Eine Wiederherstellung kommt nicht mehr in Frage.

Nürnberg, 13. April. Eine Meldung des 3. Armeekorps aus München besagt: Die Garnison München hat sich gegen den Zentralrat erhoben. Die Garnison errichtet eine militärische Diktatur und tritt für das Ministerium Hoffmann ein. Eine Aktion für Wiedergewinnung der Hauptstadt ist eingeleitet und verläuft günstig. Der Minister des Aeußern der Räteregierung Dr. Lipp wurde in eine Irrenanstalt gebracht. Dr. Levien soll flüchtig sein. Die Spitzen der Räteregierung, im ganzen 16 Personen, unter ihnen Landauer, Wagner und Mühsam, sind verhaftet worden.

Die bayerische Regierung hat folgende Proklamation erlassen:

An das bayerische Volk!

Die Münchener Garnison hat die Gewaltherrschaft in München weggefegt. Das Kartenhaus der landfremden Eindringlinge ist zusammengestürzt. München und ganz Bayern atmet erleichtert auf. Die Gewalt der rechtmäßigen Regierung Hoffmann hat sich mit elementarer Gewalt durchgesetzt und sich nun auch in München wiederhergestellt. Als Vertreter der Regierung ist mit weitgehenden Vollmachten der Abgeordnete Vogel aus Fürth nach München entsandt. Seinen Weisungen ist bis auf weiteres unbedingt Folge zu leisten. Er vereinigte in sich die gesamte Zivil- und Militärvollzugsgewalt in München. Alle bisherigen Verordnungen der Räteregierung sind außer Wirksamkeit gesetzt. Bayern Hallet treu zur Regierung Hoffmann, vereint alle Eure Kräfte, um die Wiederkehr der soeben niedergeworfenen Gewaltherrschaft für alle Zukunft unmöglich zu machen und der Regierung den Wiederaufbau des zerrütteten bayerischen Staates zu ermöglichen! Nur Ordnung und Arbeit führt zum Ziel!

Die Regierung des Freistaates Bayern.
Der Ministerpräsident: Hoffmann.

Durch diesen Umschwung ist die Lage zweifellos außerordentlich erleichtert, und man darf hoffen, daß auch die weitere Entwicklung dazu führen wird, in Bayern wieder geordnete Verhältnisse herbeizuführen und der Regierung Hoffmann den Sieg zu sichern.

Die bayerische „Währungssanierung".

Berlin, 13. April. Auf das von Herrn Silvio Gesell in München an das Reichsbank-Direktorium gerichtete, in der Presse mitgeteilte Telegramm wegen Einführung der sogenannten absoluten Währung ist die Antwort erfolgt: „Wir warnen vor Experimenten. Reichsbank-Direktorium."

Französischer Sieg in der Saargebietsfrage?

Drahtmeldung.

Paris, 13. April.

Nach dem diplomatischen Situationsbericht haben drei vier Staatsleiter gelten vor- und nachmittag getagt und zunächst die Frage des Saargebietes endgültig gelöst. Danach erhält Frankreich die Ausbeutung des Kohlenbeckens auf immerwährende Zeit und das volle Eigentum an den Bergwerken. Die Landesverwaltung sollte ihm nach englischen Blättermeldungen auf 15 Jahre übertragen und dann die Bevölkerung zur Abstimmung über ihre künftige Staatsangehörigkeit berufen werden, eine Lösung, die Wilson wegen der Nähe von seinen Grundsätzen gefordert hätte; diese Nachrichten werden für zutreffend gehalten, aufgenommen vielleicht die Dauer der Verwaltung durch Frankreich. In der Finanzfrage haben die Staatsleiter ein Uebereinkommen über die Höhe des Betrages erzielt, der Deutschland sich im Präliminarfrieden verpflichten soll, und zwar als Deckung für die erst später festzusetzende Gesamtentschädigung; diese Deckung dürfte nicht unter 125 (!?) Milliarden Mark betragen und soll in Jahreszahlungen in Gold, fremden Werten, Kohlenlosen oder Krediten auf ausländische Plätze beschafft werden; man hofft, daß Frankreich zur Wiedergutmachung seiner Schäden drei Fünftel davon erhalten könne. Ferner wird eine erste beträchtliche Zahlung als sofortige Abschlagszahlung geleistet werden.

Das Ergebnis der jetzigen Uebereinstimmung gilt, nach der Agence Havas, in Paris als wichtiges Zeichen für die glückliche Richtung der Beratungen und für den gleichmäßigen Wunsch der Alliierten, schnell zu bedeutungsvollen praktischen Entschlüssen zu kommen.

* * *

Die „Humanité" vom 11. April lehnt die Zuteilung des Saarbeckens an Frankreich ab als eine der großen französischen Nation unwürdige Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes. Die französischen Militärbehörden verhafteten bereits im Saargebiet deutsche Staatsbürger teils wegen nationalistischer, teils wegen bolschewistischer Betätigung. Es sei eine Schmach, daß sich die französische Armee dazu hergebe, dieselbe Rolle im Saarbecken zu spielen, wie die preußischen Soldaten in Elsaß-Lothringen.

Veröffentlichung österreichischer diplomatischer Akten.

P. **Wien**, 13. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Reichspost" meldet: Wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, besteht im Auswärtigen Amt die Absicht, demnächst diplomatische Aktenstücke aus der Zeit des Kriegsausbruches zu veröffentlichen.

Die Bedrängnis der Alliierten in der Krim.

A. **Zürich**, 13. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Lage in der Krim und am Schwarzen Meer verschlechtert sich für die alliierten Truppen zusehends. Die Entente-Streitkräfte ziehen sich auf Sebastopol zurück, doch sind Verstärkungen unterwegs. Der „Goulois" befürchtet von der Bedrängnis der alliierten Truppen eine ungünstige Rückwirkung auf die bisher antibolschewistischen Kreise in Rußland, die sich vielleicht veranlaßt sehen könnten, entweder zu den Bolschewisten überzugehen, oder sich den Deutschen zu nähern.

Ungeduld und Unzufriedenheit in Frankreich.

Indirekter Dienst der „Deutschen Allg. Zeitung."

Paris, 12. April

Die öffentliche Meinung Frankreichs äußert jeden Tag ungeduldiger den Wunsch, die Ergebnisse der Konferenz kennen zu lernen. Die Budgetkommission der Kammer hatte an Clemenceau einen Brief gerichtet und ihn darin gebeten, ihr die erforderlichen Erklärungen abzugeben. Clemenceau erwiderte, jede Mitteilung der Regierung über den Stand der Friedensfrage sei z. Zt. noch unmöglich. Wenn das Parlament mit der Regierung nicht zufrieden sei, könne es sie zu stürzen. Die Budgetkommission wird am Montag über ihre Haltung angesichts dieser Sachlage Beschluß fassen. Die radikale Partei hat schon in diese Polemik eingegriffen und wird am Sonntag von Clemenceau in einer Audienz empfangen werden. Die französische Presse bekundet ihre lebhafte Unzufriedenheit mit der Vertagung der französischen Aenderungsanträge zur Völkerbundsoberfassung und mit der auf Orlandos Vorschlag erfolgten Wahl Genfs als Sitz des Völkerbundes.

Aus guter Quelle verlautet, daß die Stellung des serbischen Kabinetts sehr unsicher sei. In einem einzigen Monat seien fünf Minister infolge von Meinungsverschiedenheiten über die innere politische Organisation zurückgetreten. Die Verhandlungen mit dem Nationalklub scheiterten an der Forderung der Nationalräte von Kroatien und Bosnien auf Gewährung von politischer Autonomie. Dem Nationalklub und den Sozialisten sind vier Ministerposten angeboten worden, doch hält man auch diesen Schritt nicht für ausreichend, um eine eingehende Einigung unter den Parteien herzustellen. Vermutlich wird das ganze Kabinett zurücktreten müssen.

Die Umbildung der finnischen Regierung.

St. Helsingfors, 12. April. (Eigene Drahtmeldung.) In den Ereignissen an der ostkarelischen Grenze erklärt der Generalstab, daß keine Finnländer, weder reguläre Truppen noch Freischärler, die Grenze überschritten hätten. Die Gerüchte über eine Konzentration der bolschewistischen Truppen an der Ostgrenze seien unrichtig oder mindestens erheblich übertrieben.

Der Reichsverweser beauftragte den bisherigen Finanzminister Kaarlo Castrén mit der Bildung der neuen Regierung. Ob diese die Bildung einer bürgerlichen Blockregierung gelingen wird, ist zweifelhaft.

Die Stimmung in Italien.

Regierung, Kammer und Wahlreform.

Von

Karl Federn.

Am 1. März trat die italienische Kammer zu einer Sitzung zusammen, die bereits am 9. jäh wieder abgebrochen wurde. Schon vorher hatten die Blätter es als höchst schädlich gerügt, daß die beiden wichtigsten Träger der Regierungsgewalt, die Minister des Innern und des Aeußern ständig außerhalb des Landes weilen. Scheinbar haben die äußeren Fragen nach der Waagschale, deren Lösung in Paris erfolgen soll; in der Tat sind die inneren Fragen länger die dringenderen geworden. Welche Lösungen und Fortschritte die Regierung für beide dem Lande bieten und gewährleisten kann, darüber sollte die Kammersitzung aufklären. Der Ministerpräsident war, seine Arbeiten in Paris unterbrechend, nach Rom geeilt. Er hatte noch keine Ergebnisse vorzulegen und trat überdies, durch die letzte Krise und ihre Lösung in seiner Autorität geschwächt, vor die Kammer. Freilich, auch die Vertretung des Landes ist zum Sterben überreif; seit 1913 gewählt, durch Selbstverlängerung des Mandats erhalten, ist sie nach den ungeheuren Wandlungen, die der Krieg gebracht hat, in keiner Hinsicht mehr der Ausdruck des politischen Willens der Bevölkerung.

Zur Eröffnungssitzung waren kaum mehr als zwei Drittel der Deputierten erschienen. Zum ersten Male hatte der Redner Orlando keinen Erfolg. Von den Sozialisten oft und heftig unterbrochen, wurde er von der Mehrheit nicht gestützt; nur einmal, da er von Italiens Rechten auf Fiume sprach, tönte lauter Beifall. Der Ministerpräsident schien müde und hatte „keinen glücklichen Tag." Ueber die äußere Politik sagte er wenig Bestimmtes; er sprach von der Gerechtigkeit der italienischen Forderungen, aber auch von notwendigen Beschränkungen und Kompromissen, „schon der Londoner Vertrag sei ein Kompromiß gewesen." Im übrigen „rühmte der Ministerpräsident, da er die Taten seiner Regierung nicht rühmen konnte, die Haltung des Landes." So kennzeichnet der „Secolo", der seit Bissolatis Rücktritt in scharfe Opposition getreten ist, den Inhalt der Rede. In der inneren Politik gab Orlando, wie der römische Berichterstatter der „Stampa" schreib, „statt des erwarteten Programms einen Rückblick."

„Hat er kein Programm?" fragt Sobrero. Man hat beinahe den Eindruck. Und ein hinreißendes, großzügiges Programm ist in so gefährder Zeit für eine Regierung Lebensfrage. Statt ihrer kamen die Sozialisten mit einem wenigstens für die Kammer im Augenblick höchst aktuellen Programm: Turatis Wahlreformantrag, der die Listenwahl fordert. Damit rissen sie die Mehrheit auseinander und einen Teil der Kammer zu sich herüber. Hunderttausend Abgeordnete der verschiedensten Parteien, Mitglieder der Rechten, Radikale, Reformsozialisten, Klerikale und Republikaner unterschrieben Turatis Antrag. Orlando ließ sofort erklären, daß er ihn ablehne. Beides, der Antrag, wie diese Ablehnung, trug Verwirrung in die Bänke. Viele Abgeordnete fühlten, daß etwas geschehen müsse, sehr viele andere zitterten für ihr Mandat. Orlando selbst erklärte, grundsätzlich stimme er der Reform durchaus zu, es hieße jedoch dem Lande wenig Achtung erzeigen, wenn man ein so tief einschneidendes Gesetz durch eine Kammer mit überfälligem Mandat und geringer Lebenskraft beschließen ließe. Natürlich glaubt an derartige gewissenhafte Bedenken kein Mensch. „Man zeigt dem Lande noch weniger Achtung", sagt der „Secolo", „wenn man es sein Parlament nach einem von allen mißbilligten System wählen läßt."

Vermutlich hätte Orlando, wie der „Avanti" schrieb, die Neuwahlen gleich Lloyd George schon vor einigen Monaten im ersten Siegesrausch vornehmen lassen, wenn das nur möglich gewesen wäre. Diese Stimmung verhieß, wie in England, der Regierung eine starke Mehrheit. Aber es war in Italien unerschwinglich. Die Neuwahlen nach Listen scheinen Orlando offenbar bedenklich, ein Sprung ins Dunkle. Und vor allem möchte er die Entscheidung über die Auflösung der Kammer vollkommen in der Hand behalten, ihre Auflösung in jenem ihm besonders günstig scheinenden Augenblick sofort verfügen, den Wahlapparat, den Einfluß der Präfekten, voll ausnützen können. Die Abstimmung, an die die Regierung die Vertrauensfrage knüpfte, brachte ihr zum ersten Male eine Opposition von 129 Stimmen. Statt die Dinge reifen sich; wenn zahlreiche Unterzeichner des Antrags Turati zuletzt doch für die Vertagung stimmten, weil sie jetzt keine Kabinettskrise herausbeschwören wollten, so stimmten dafür viele Interventionisten, wie der Herzog Colonna di Cesare ehemalige Staatssekretäre und Minister, bekannte Politiker, wie Celesia, Gallenga, Arlotta, Canepa, Salvatore Orlando, Tedesco, und ebenso alle Katholiken gegen die Regierung, die von der Mehrzahl der Radikalen und den Giolittianern gehalten wurde. Das ist eine Mehrheit, die der Regierung wenig Rückhalt gibt, wie ihr eigenes Verhalten wenig Kraftbewußtsein verrät. Selbst der „Corriere della Sera", der für Orlando eintreten möchte, sagt „manche Leute halten es für gut, unvermeidliche Reformen hinauszuschieben; wir aber glauben, mehr Mut wäre besser gewesen.

Symptomerkennen war das Verhalten zweier Politiker, die sich im Vordergrund der Kombinationen halten: Tittoni trat in einem Interview und im Senat für die Wahlreform ein, als gegen die Regierung, während Francesco Nitti in der Kammer für sie stimmte. Orlandos lauten Dank für diesen Freundschaftsdienst nahm die Kammer mit großer Heiterkeit auf. Bemerkenswert ist auch, daß Tittoni in seiner Ansprache vor Beginn der Eröffnung Andrerat sah, daß Italien in Kleinasien mit „dem unwirtlichen Taurus und der Salzwüste von Konia" abgefunden werden solle und Kompensationen in Afrika verlangte, da die Mandate der Verbündeten über deutsche Kolonien nichts als eine verkappte Besitzergreifung darstellen.

Diese Peinlichkeit für die Regierung brachte der Bericht der zur Prüfung der Exportpolitik während des Krieges eingesetzten Untersuchungskommission, in welchem beiden früheren Regierungen, Salandra und Boselli, schwere Tadel erteilt wurde: „nicht der Vorteil des Landes, nicht die Bedürfnisse der Kriegsführung, sondern die Rücksicht auf die Großindustrie sei entscheidend gewesen." Vor Monaten hatte Orlando eine sofortige Besprechung der Exportskandale in der Kammer verweigert, und durch eine zwingende, siegreiche Rede die Vertagung erlangt; auch diesmal forderten die Sozialisten die sofortige Erörterung, und wieder weigerte sich Orlando, darauf einzugehen. Die Erörterung konnte der Regierung nur Nachteil bringen, mußte die Stellung Salandras erschüttern, der mit ihm Italien in Paris vertritt; sie wurde aus technischen Gründen für unmöglich erklärt. Orlando hatte nun überhaupt keine Zeit mehr; er hielt nur noch eine Rede „aus dem Bügel",